

Sonderausgabe

Alles hat mindestens 2 Seiten

Überparteilich

PERSPEKTIEFE SRG SSR

SRG SSR

SRG SSR

SRG

200.-
sind genug!

JA

Abstimmung 8. März 2026

JA

zu NOTEN
und Münzen

www.franken-retten.ch



Muster

Kleine Änderungen noch möglich.

Bargeld muss Münzen und Noten bleiben – keine digitale Mogelpackung

Das Wissen um die schleichende Verdrängung des Bargeldes – und warum sie uns alle betrifft?

Der Rückzug des Bargeldes geschieht nicht zufällig. Wer glaubt, dass die Schweiz vom weltweiten Rückzug des Bargeldes verschont bleibt, täuscht sich.

Und wer meint, dieser Prozess geschehe zufällig oder allein aus technischer Bequemlichkeit, verkennt die politische Realität.

Bargeld verschwindet nicht zufällig. Seine Verdrängung ist politisch gewollt – auch bei uns.

Die schrittweise Verdrängung von Münzen und Banknoten ist kein Randphänomen. Sie ist Teil einer international beobachtbaren Entwicklung.

Dass die Schweiz dabei blass Zuschauerin sei, ist eine gefährliche Illusion.

Warum JA zur Volksinitiative und NEIN zum Gegenvorschlag

1. Verantwortung: Bund statt Nationalbank

Die Volksinitiative verpflichtet den **Bund**, die Bevölkerung jederzeit mit Münzen und Banknoten zu versorgen.

Der Gegenvorschlag delegiert dies an die Nationalbank, die keine rechtliche Möglichkeiten hat, zu bestimmen, ob es noch Bakomaten gibt und ob die ÖV, öff. WC, Weihnachtsmärkte, etc. noch Bargeld annehmen müssen.

2. Begrifflichkeit: Münzen und Banknoten statt „Bargeld“

Die Initiative nennt ausdrücklich Münzen und Banknoten. Damit ist klar: physisches, freies und anonymes Geld.

Der Gegenvorschlag verwendet den offenen Begriff „Bargeld“, der künftig auch digital interpretiert werden kann und nachverfolgbar ist, gesperrt werden und über Minuszinsen zur faktischen Enteignung führen kann.

3. Währung: Schweizer Franken (CHF) statt Geldeinheit "Franken"

In der Verfassung soll festgehalten werden, welche Währung die Schweiz hat - den Schweizer Franken (CHF). «Der Franken» ist lediglich eine Geldeinheit – international eindeutig ist nur der "Schweizer Franken" gemäss ISO-Norm 4217. Mit dem Satz "Die Schweizer Währung ist der Franken" hat der Bundesrat eine Möglichkeit geschaffen, die Währung zu wechseln, ohne obligatorisches Referendum, eventuell ohne Volk und Stände zu fragen.

Nur mit der Initiative kann eine Wechsel der Währung nur mit Zustimmung von Volk und Ständen geändert werden.

Auch die Schweiz ist Teil der Entwicklung zur Bargeldverdrängung

Wenig bekannt ist: Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) ist seit frühen Jahren institutioneller Partner der Better Than Cash Alliance – einer 2012 unter dem Dach der Vereinten Nationen gegründeten Initiative.

Ihr erklärt Ziel: Digitale Zahlungssysteme weltweit fördern und Bargeld schrittweise zurückdrängen. Unterstützt wird die Allianz unter anderem von internationalen Organisationen, grossen privaten Stiftungen sowie globalen Finanz- und Technologiekonzerne. Das SECO ist dabei kein später Beobachter. Das allein ist noch kein Vorwurf. Es zeigt jedoch klar: Der Rückgang von Münzen und Banknoten ist keine rein technische Entwicklung, sondern Teil eines langfristig angelegten strukturellen Umbaus des Geldsystems.

Das SECO gehört seit der frühen Phase zur 'Better Than Cash Alliance', einer UNO-nahen Initiative zur weltweiten Zurückdrängung des Bargeldes.

Modernisierung oder Machtverschiebung?

Jede Zurückdrängung des Bargeldes erhöht die Abhängigkeit. Von digitalen Systemen. Von zentraler Infrastruktur. Von jenen Stellen, die diese Systeme betreiben und regulieren.

Durch digitales Geld übernehmen Technologiekonzerne und Institutionen die Kontrolle über unser Geld.

Was als Modernisierung beginnt, kann sich schleichend als Machtverschiebung erweisen: weg vom Einzelnen – hin zu Institutionen, Plattformen und staatlichen Schnittstellen.

Ein Blick in die EU zeigt, was das für KMU konkret bedeuten kann

Das ist keine Zukunftsmusik. **Der digitale Euro wird vorbereitet.**

Er verbietet Bargeld nicht – aber er verdrängt es durch technischen und wirtschaftlichen Druck. Geschäfte müssen neue Systeme einführen, Menschen sich anpassen.

Wer nicht kann oder nicht will, wird Schritt für Schritt ausgeschlossen. Genau deshalb braucht Bargeld Schutz in der Verfassung.

Digitale Zahlungssysteme bedeuten neue Pflichten – die Kosten für Unternehmen sind nicht absehbar.

Bargeld verschwindet nicht per Verbot – sondern durch Gewöhnung

Immer häufiger hört man den beruhigend gemeinten Satz: „Natürlich wird es auch im digitalen Zeitalter noch Bargeld geben.“



Muster

Kleine Änderungen noch möglich.

Das stille Ende der Freiheit – wenn Noten und Münzen verschwinden



Gerade darin liegt die Gefahr. Denn Bargeld verschwindet nicht durch ein Verbot. Es verschwindet, weil wir uns Schritt für Schritt daran gewöhnen, ohne Münzen und Banknoten zu leben.

Erst wird es unsicher. Dann unbequem. Dann ungewohnt. Und irgendwann überflüssig. Wenn dieser Punkt erreicht ist, verschwindet Bargeld endgültig. Und mit ihm ein Stück Freiheit, das nicht zurückgeholt werden kann.

Was Bargeld wirklich ist

Diese Aussage wirkt selbstverständlich. Und doch steht genau sie heute im Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Denn immer häufiger wird diskutiert, ob ein digitaler Eintrag oder eine staatliche digitale Währung einer Banknote im Portemonnaie gleichgestellt werden soll. Was wie

**Bargeld ist nicht das, was auf einem Bildschirm erscheint.
Bargeld ist das, was man in der Hand hält: Münzen und Banknoten.**

eine technische Frage wirkt, ist in Wahrheit eine politische Grundsatzentscheidung: Wem gehört das Geld – und wer verfügt letztlich darüber?

Besitz oder Zugriff – der entscheidende Unterschied

Bargeld ist keine Zahlungsart unter vielen. Es ist eine physische Realität. Münzen und Banknoten sind Besitz. Man kann sie weitergeben, verwenden, behalten – ohne technische Infrastruktur, ohne Identitätsprüfung, ohne Erlaubnis durch Dritte. Ein digitales Wallet ist etwas grundlegend anderes. Es ist kein Besitz, sondern ein Zugriff. Eine jederzeit widerrufbare Berechtigung innerhalb eines Systems. Ein **Nölli in der Tasche hingegen kann nicht gesperrt werden, funktioniert ohne Internet, ohne Strom, ohne Update – und gehört dir**. Nur dir. Das ist keine Romantik. Das ist wirtschaftliche Selbstbestimmung.

Warum „Münzen und Banknoten“ kein Detail sind

Bei der Ausarbeitung dieser Initiative war

„Wem gehört das Geld – und wer verfügt letztlich darüber?“

mir eines von Anfang an besonders wichtig: Im Initiativtext steht bewusst und unmissverständlich: „Münzen und Banknoten“.

Diese Worte sind kein sprachliches Detail, keine juristische Nebensächlichkeit und kein nostalgisches Festhalten an der Vergangenheit.

Sie sind der Kern der Vorlage. Denn sie ziehen eine klare Grenze dort, wo Begriffe zunehmend verwässert werden.

Der Schweizer Franken: Vertrauen statt Kontrolle

Diese Eigenschaften sind historisch gewachsen und demokratiepolitisch zentral. Der Schweizer Franken war von Beginn an mehr als ein Zahlungsmittel. Er war ein politisches Versprechen: Stabilität, Verlässlichkeit und Selbstbestimmung. Während viele Länder ihre nationalen Währungen aufgegeben haben, besteht der Franken bis heute fort.

Warum Bargeld eine staatliche Aufgabe ist

Bargeld ist kein privates Angebot und kein Nebenprodukt des Marktes. Es ist staatliche Grundinfrastruktur.

Der Staat garantiert:

- seinen Wert,
- seine Gültigkeit,
- und seine Verfügbarkeit.

Genau deshalb ist Bargeld mehr als eine Zahlungsform. Es ist Teil der staatlichen Daseinsvorsorge – wie Sicherheit, Mobilität oder Rechtsschutz.

Zieht sich der Staat aus dieser Verantwortung zurück oder delegiert er sie technokratisch, entsteht eine Lücke:

- Nicht sofort sichtbar.
- Aber spürbar im Alltag.

Bargeld ist nur dann gesichert, wenn der Staat seine Verantwortung auch praktisch wahnimmt.

Gleichheit vor dem Geld

Ein oft übersehener Aspekt:

Bargeld stellt alle gleich.

Es unterscheidet nicht:

- nach Einkommen,
- nach Bildung,
- nach Alter,
- nach technischer Ausstattung.

Wer Bargeld nutzt, muss:

- kein Konto eröffnen,
- keine App installieren,
- keine Bedingungen akzeptieren.

Gerade für Jugendliche, ältere Menschen, Menschen in schwierigen Lebenslagen oder mit eingeschränktem Zugang zu digitalen Systemen ist Bargeld oft die einzige wirklich selbstbestimmte Zahlungsform.

Wo Bargeld verschwindet, entstehen neue Hürden – oft für jene, die ohnehin weniger Optionen haben. **Doch Vertrauen zeigt sich nicht in stabilen Zeiten – sondern dann, wenn Systeme unter Druck geraten.**



Kleine Änderungen noch möglich.

Was digitale Zentralbank-Währungen (CBDC - Central Bank Digital Currency) sind – einfach erklärt

Digitale Zentralbankwährungen – sogenannte CBDC – sind digitales Geld, das direkt von einer Zentralbank ausgegeben wird. Ein gutes Beispiel ist der e-EURO. Der entscheidende Unterschied:

CBDC sind programmierbar. Es können Regeln festgelegt werden, wofür Geld verwendet werden darf, wie lange es gültig ist oder unter welchen Bedingungen Zahlungen möglich sind. Was technisch möglich ist, ist politisch relevant. Nicht weil diese Instrumente zwingend missbraucht werden – sondern weil sie missbrauchbar wären.

Wallets: Der Zugang ist die Macht

Digitales Geld ist programmierbar und damit politisch relevant. Was nur wenige wussten - mit der E-ID kam das SWIYU - und Kontrolle, Lenkung und Einschränkung ist nun auch bei uns möglich.

Ein digitaler Franken existiert nicht ohne Wallet. Wer das Wallet kontrolliert, kontrolliert den Zugang zum Geld. Das Wallet wird zum Steuerungsinstrument. Zahlungen könnten begrenzt, verzögert oder blockiert werden. Nicht zwingend heute – aber jederzeit morgen. Bargeld kennt all das nicht.

„Digitales Bargeld“ – eine gefährliche Umdeutung

Wenn digitale Systeme als „digitales Bargeld“ bezeichnet werden, ist das kein Zufall. Es soll beruhigen. Und Widerstand entschärfen. Doch digitale Systeme folgen einer anderen Logik: Sie sind immer systemabhängig, regelbasiert und kontrollierbar. Bargeld stellt keine Bedingungen.

Krisen zeigen, was wirklich trägt

Staaten werden nicht in stabilen Zeiten geprüft, sondern in Krisen:

- Bei Stromausfällen,
- bei technischen Störungen,
- bei Cyberangriffen
- oder in Ausnahmesituationen

Digitale Zahlungssysteme sind leistungsfähig – solange alles funktioniert. Bargeld funktioniert auch dann, wenn Systeme ausfallen. Deshalb setzen selbst hochdigitalisierte Länder wie Norwegen und Schweden wieder bewusst auf Bargeld als Rückversicherung. Nicht aus Nostalgie. Sonder aus staatlicher Vorsorge.

Der Gegenvorschlag: Bargeld auf dem Papier

Der Gegenvorschlag erkennt die Bedeutung des Bargeldes – verfehlt aber den entscheidenden Punkt. Er überträgt die Verantwortung nicht dem Staat, sondern der Nationalbank.

Diese kann Banknoten ausgeben. Aber niemanden verpflichten, sie anzunehmen. Keine Infrastruktur sichern. Keine Gebühren verbieten. Der Gegenvorschlag garantiert Bargeld auf dem Papier – nicht im Alltag.

Die Frage der Währung. Die Schweizer Währung ist der Schweizer Franken (CHF)

In der Verfassung soll nicht festgelegt werden, was die Geldeinheit ist, sondern welche Währung die Schweiz hat – nämlich den Schweizer Franken (CHF).

«Die Schweizer Währung ist der Franken» ist falsch – oder eine Änderung der Schweizer Währung. Der Schweizer Franken (CHF) ist die korrekte staatsrechtliche und internationale Bezeichnung gemäß ISO-Norm 4217.

Niemand würde einen internationalen Vertrag vereinbaren, in dem steht: «Wir bezahlen in Dollar». Jeder würde schreiben «Wir bezahlen in US-Dollar – sonst könnte er ja auch in Namibia-Dollar bezahlen. Nebenbei bemerkt, es gibt weltweit 19 verschiedene Dollar-Währungen.

Solange Menschen ihr Geld physisch halten können, existiert eine natürliche Untergrenze für Negativzinsen - so der IWF.

Muster

Kleine Änderungen noch möglich.

Bargeld als Grenze der Geldpolitiks (Enteignung)

In internationalen Finanzkreisen wird offen diskutiert, was öffentlich kaum thematisiert wird: Bargeld setzt der Geldpolitik eine reale Grenze. Solange Menschen Geld physisch halten können, existiert eine natürliche Untergrenze für Negativzinsen.

Genau deshalb gilt Bargeld dort nicht als Relikt, sondern als Hindernis. Die Volksinitiative verpflichtet den Bund politisch. Sie stellt klar: Noten und Münzen müssen nicht nur existieren, sondern verwendbar bleiben. **Für alle. Überall. Jederzeit.**

Und er gibt dem Volk keine Garantie, bei späteren Änderungen nochmals mitentscheiden zu können.

Bargeld setzt unbegrenzten Negativzinsen eine Grenze.

Ohne Bargeld gibt es keine natürliche Untergrenze mehr - dafür Enteignung.

Worum es bei der Abstimmung wirklich geht

Diese Abstimmung entscheidet nicht, ob wir digitale Zahlungsmittel nutzen dürfen – sondern ob wir weiterhin Münzen und Banknoten haben – und ob wir so Krisen besser meistern können.

Ja zu Münzen und Banknoten. Nicht aus Technikfeindlichkeit. Sondern aus Verantwortung gegenüber Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung.



Wird die Schweiz zum Leuchtturm für das Bargeld und die Freiheit?

von Richard Koller



Muster

Kleine Änderungen noch möglich.

Warum eine Reduktion auf 200 Franken der richtige Weg in eine vielfältigere Medienlandschaft ist.

Eine vielfältige Medienlandschaft entsteht nicht durch Konzentration, sondern durch Wettbewerb – und nähert sich durch offene Diskussion unterschiedlicher Perspektiven der Wahrheit an.

Meinungsvielfalt ist kein Produkt eines einzelnen, dominanten Medienhauses, sondern das Ergebnis mehrerer unabhängiger redaktioneller Stimmen, die unterschiedliche Perspektiven sichtbar machen.

Genau hier setzt in unserer Betrachtung die Volksinitiative «200 Franken sind genug» an: nicht mit dem Ziel, Information zu schwächen, sondern um Raum für echte publizistische Vielfalt zu schaffen.

Statt einen einzigen, zentralen Service-public-Sender mit Milliarden aus Gebühren auszustatten, wäre es demokratiepolitisch folgerichtig, mehrere unabhängige Informationsanbieter aus öffentlichen Mitteln zu fördern.

Das Modell eines monopolartigen Service public stammt aus einer Zeit, in der Information knapp, Kanäle begrenzt und Öffentlichkeit zentral organisiert war. Diese Voraussetzungen haben sich grundlegend verändert. In einer digital vernetzten Gesellschaft sind Information und Unterhaltung schneller, vielfältiger und über zahlreiche Kanäle zugänglich geworden. Inhalte werden nicht mehr linear konsumiert, sondern gezielt ausgewählt, verglichen und eingeordnet.

Finanzielle Dominanz führt nicht nur zu einer Verdrängung kleinerer Anbieter, sondern auch zu einer faktischen Monopolisierung der öffentlichen Aufmerksamkeit und Meinungsbildung.

Damit hat sich auch der Auftrag des Service public gewandelt. Er kann heute nicht mehr darin bestehen, eine einheitliche redaktionelle Linie für die gesamte Bevölkerung zu formulieren. Vielmehr muss er darauf ausgerichtet sein, Differenzierung zu ermöglichen, unterschiedliche Perspektiven sichtbar zu machen und den öffentlichen Diskurs zu öffnen, statt ihn zu bündeln.

Mit entsprechendem politischem Willen liesse sich ein Modell umsetzen, in dem verschiedene redaktionelle Ausrichtungen, etwa progressiv, bürgerlich-traditionell oder wirtschaftsliberal – mit einem prozentualen Anteil der 200 Franken unterstützt werden. Gleichzeitig bliebe Raum für weitere alternative und private Anbieter, ohne dass diese von der finanziellen und strukturellen Marktmacht eines einzelnen Medienkonzerns verdrängt würden. **Auf diese Weise entstünde kein Verlust an Information, sondern ein Gewinn an Vielfalt, Wettbewerb und demokratischer Qualität.**

Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach einer Reduktion der Gebühren keine Attacke auf Information oder Journalismus, sondern eine legitime Konsequenz.

Eine Reduktion der SRG-Gebühren auf 200 Franken wäre dabei kein Angriff auf den Journalismus, sondern ein struktureller Befreiungsschlag. Sie würde finanzielle Mittel freisetzen, um alternative Medienangebote zu stärken, ohne dass der Staat zum inhaltlichen Schiedsrichter wird.

Die SRG hätte weiterhin ihren Platz in der Medienlandschaft – jedoch als ein Anbieter unter mehreren, nicht als dominierender Gatekeeper der öffentlichen Meinung.

Gebührenfinanzierte Dominanz: Die SRG zwischen Service public und Meinungslenkung

Ein aus Gebühren finanziertes Medienunternehmen wie die SRG verfügt über eine strukturelle Marktmacht, die weit über jene privater Anbieter hinausgeht. Mit jährlich milliardenschweren Einnahmen aus

Zwangsgebühren kann sie Inhalte produzieren, verbreiten und multiplizieren, die für alternative und unabhängige Medien wirtschaftlich kaum konkurrenzfähig sind. Diese finanzielle Überlegenheit ermöglicht es

der SRG, ein äußerst breites Programmangebot zu unterhalten – einschließlich zahlreicher Unterhaltungs-, Kultur- und Spezialformate, die jeweils **nur einen kleinen Teil der Bevölkerung erreichen**.

Was innerhalb eines zentral finanzierten Medienhauses als Vielfalt erscheint, führt außerhalb jedoch zur Verdrängung spezialisierter Anbieter, die solche Nischen effizienter und näher am Publikum bedienen könnten. Diese strukturelle Überdehnung bleibt nicht ohne Folgen für den Kernauftrag des Service public. Besonders deutlich zeigt sich dies in der politischen Berichterstattung.

Ein Service-public-Medium sollte Vielfalt herstellen, nicht Einheitsrahmen reproduzieren.

Obwohl die SRG den Anspruch erhebt, eigenständig und ausgewogen zu informieren, stammen zentrale Inhalte zu internationalen Konflikten – etwa zum Ukraine-Krieg – überwiegend aus denselben westlichen Nachrichtenagenturen wie Reuters, AFP oder dpa, auf die auch kommerzielle Medien zurückgreifen.

Anstatt erhebliche Ressourcen in Sendungen zu investieren, die ebenso gut – oder sogar näher am jeweiligen Publikum – von spezialisierten Anbietern abgedeckt werden könnten, wäre es Kernauftrag einer gebührenfinanzierten SRG, politische und geopolitische Inhalte eigenständig journalistisch aufzubereiten.

Dazu gehört, Agenturmeldungen kritisch zu hinterfragen, sie einzuordnen und aufzubrechen, alternative Perspektiven systematisch einzubeziehen und auch Friedensinitiativen vertieft darzustellen. Stattdessen werden deren Gewichtungen häufig übernommen und durch die Reichweite eines gebührenfinanzierten Grosssenders zu-

Wenn ein gebührenfinanzierter Sender bei politischen Fragen kaum mehr Perspektiven eröffnet als der Medien-Markt selbst, ist eine Reduktion der Gebühren nicht nur gerechtfertigt, sondern folgerichtig.

sätzlich verstärkt. **So entsteht weniger journalistischer Mehrwert, als es der Umfang der öffentlichen Finanzierung erwartet liesse.**



Muster

Kleine Änderungen noch möglich.

Gerade weil die SRG vom Volk finanziert wird, wiegt diese Entwicklung besonders schwer.

Wenn ein monopolähnlich ausgestatteter Sender mit grosser Reichweite nicht nur ähnliche Inhalte und Gewichtungen verbreitet wie kommerzielle Medien, sondern diese durch seine finanzielle Überlegenheit zusätzlich verstärkt, dann verwandelt

E-ID ohne Erklärung: Wie die SRG bei einer Volksabstimmung ihren Informationsauftrag verfehlt.

Wie die SRG ihren Informationsauftrag verfehlt, zeigt exemplarisch die Berichterstattung zur Abstimmung über die E-ID vom 28. September 2025.

In einer nationalen Volksabstimmung darf von einem öffentlich-rechtlichen Sender erwartet werden, dass neben den politischen Positionen auch fundierte technische und gesellschaftliche Grundlagen der Vorlage vermittelt werden.

Dazu gehört insbesondere die konkrete Funktionsweise und die möglichen Auswirkungen der Technologie, über die abgestimmt wird.

Im Fall der E-ID-Abstimmung blieb je-

sich der öffentliche Auftrag in publizistische Machtkonzentration. Wo Vielfalt versprochen wird, entsteht Gleichklang.

Weniger finanzielle Dominanz kann mehr journalistische Demut ermöglichen, mehr Wettbewerb schaffen und damit den Raum öffnen für echte Meinungsvielfalt – genau das, was eine demokratische Öffentlichkeit braucht.

scheidet sie faktisch über Zugang oder Ausschluss. Im Extremfall können technische Einschränkungen oder Sperrungen dazu führen, dass Zahlungen, Versicherungsleistungen oder digitale Dienste nur noch eingeschränkt verfügbar sind.

Gerade deshalb ist es zentral zu verstehen, welche Rolle diese Infrastruktur spielt, wer sie kontrolliert und nach welchen Regeln sie funktioniert.

Auch wenn Swiyu kein Social-Credit-System ist, zeigen internationale Erfahrungen, dass zentrale digitale Identitäten vergleichbare Steuerungsmechanismen ermöglichen können, wenn klare Grenzen fehlen.

Dass diese technisch und rechtlich relevante Dimension im Hauptausgabe-Journalismus der SRG kaum vertieft aufgegriffen wurde, ist problematisch.

Eine nationale Volksabstimmung über die digitale Identität (E-ID) verlangt mehr als politische Schlagworte – sie verlangt verständliche Aufklärung über Technik, Folgen und Risiken. Genau hier blieb die SRG zentrale Antworten schuldig.

doch ein zentraler Aspekt weitgehend unbehandelt: **die Rolle der geplanten Swiyu-Wallet als tragende Infrastruktur der elektronischen Identität.** Zwar berichtete die SRG über den Abstimmungskampf und Kampagnenstarts, doch die technische Bedeutung dieser Wallet wurde kaum systematisch erklärt. Dabei bildet die Swiyu-Wallet den Kern des Systems, über den Identitätsdaten künftig digital verwaltet und genutzt werden sollen. Für das Verständnis der gesellschaftlichen Tragweite der Abstimmung ist diese Infrastruktur entscheidend.

Eine solche Identitäts-Wallet kann zur zentralen Zugangsstelle für zahlreiche Lebensbereiche werden:

Wer sie nutzt, weist sich nicht nur aus, sondern greift auf digitale Dienstleistungen von Behörden, Versicherungen, Banken oder Plattformen zu. Werden immer mehr Prozesse daran gekoppelt, ent-

gerade bei einer Vorlage, die in die digitale Grundinfrastruktur des Landes eingreift, besteht eine besondere Aufklärungspflicht des Service public.

Dieser umfasst nicht nur die Darstellung politischer Positionen, sondern die Vermittlung des Wissens, das für eine sachgerechte demokratische Willensbildung notwendig ist.

Wenn der grösste gebührenfinanzierte Sender der Schweiz bei einer solchen Abstimmungsfrage zentrale technische Grundlagen nicht in angemessener Tiefe erklärt, verfehlt er den Anspruch, der mit Milliarden an

Gebühren verbunden ist. Leistet ein Sender bei grundlegenden Fragen wiederholt keine ausreichende Aufklärung, ist es legitim, auch die Höhe der Gebühren kritisch zu hinterfragen.

Service public bedeutet nicht, lauter zu sein als alle anderen – sondern kritischer, vielfältiger und unabhängiger.

Teurer finanziert – einseitig erzählt. Die Ukraine-Berichterstattung und der Preis der Deutungshoheit.

Kaum ein Thema prägt die politische Meinungsbildung in Europa derzeit so stark wie der Krieg in der Ukraine.

Umso höher ist die Verantwortung eines öffentlich-rechtlichen, vom Volk finanzierten Mediums, diesen Konflikt umfassend, differenziert und kritisch einzuordnen.

In der Hauptausgabe der Tagesschau dominierten über weite Strecken militärische Narrative, Frontverläufe und Eskalationslogiken. Diplomatische Lösungsansätze und Friedensappelle – etwa aus dem globalen Süden oder auch von westlichen Akteuren – blieben meist randständig oder wurden stark relativiert.

Im Mittelpunkt stand dabei weniger der Inhalt dieser Forderungen nach Verhandlungen und Deeskalation als vielmehr die Person oder Herkunft derjenigen, die sie vorbrachten.

So verengt sich der öffentliche Diskurs schlechend. Politische Optionen werden nicht gleichwertig diskutiert, sondern vorgefiltert: Militärische Eskalation erscheint als realistisch und verantwortungsvoll, diplomatische Alternativen dagegen als naiv, problematisch oder politisch suspekt.

Dabei wäre gerade beim Ukraine-Konflikt eine breitere journalistische Einordnung notwendig.

Der Krieg hat eine lange Vorgeschichte, die bis zu den Ereignissen rund um den Maidan 2013/2014 zurückreicht. Unterschiedliche geopolitische Interessen, Sicherheitsfragen und politische Fehlentscheidungen auf mehreren Seiten gehören zu einer vollständigen Analyse dazu. Eine solche Kontextualisierung blieb in der aktuellen Berichterstattung jedoch weitgehend aus.

Besonders problematisch ist dies angesichts der enormen finanziellen und politischen Folgen des Konflikts. Milliardenbeträge fliessen in militärische Unterstützung, während Stimmen, die auf Verhandlungen, Waffenstillstände oder alternative Sicherheitskonzepte drängen, nur begrenzten Raum erhalten.



Muster

Kleine Änderungen noch möglich.

Teurer Service public – billige Aufklärung!

Corona-Pandemie, die RKI-Files und eine verpasste Chance zur Vertrauensbildung

Die sogenannten RKI-Files hätten hierfür eine zentrale Rolle spielen müssen. Die freigegebenen Protokolle des renommierten deutschen Robert Koch-Instituts zeigten, dass politische Vorgaben und Erwartungen die wissenschaftlichen Einschätzungen während der Corona-Pandemie stärker beeinflussten, als der Öffentlichkeit lange vermittelt wurde. Entscheidungen, die als rein wissenschaftlich begründet dargestellt wurden, standen in Wirklichkeit oft unter politischem Druck.

In einfacher Sprache bedeutet das: **Politik und Wissenschaft waren nicht klar getrennt. Wissenschaftliche Einschätzungen wurden teilweise an politische Ziele angepasst, statt umgekehrt politische Entscheidungen offen an wissenschaftliche Erkenntnisse zu knüpfen.** Genau diese Erkenntnis wäre für die Bevölkerung zentral gewesen, um Massnahmen, Einschränkungen und staatliches Handeln rückblickend einordnen zu können. Trotz der hohen gesellschaftlichen Relevanz blieb eine eigenständige, vertiefte journalistische Aufarbeitung der RKI-Files durch die SRG aus. Erst nach Beanstandungen

stellte die Ombudsstelle fest, dass die Berichterstattung unzureichend gewesen sei, und **rügte die SRG offiziell.**

Umso schwerer wiegt, dass auch nach

dieser Rüge keine umfassende Nachbereitung stattfand. Die SRG hätte die Gelegenheit gehabt, zentrale Fragen verständlich zu erklären: Wie stark war der politische Einfluss auf wissenschaftliche Empfehlungen? Wo gab es innerhalb der Fachgremien Zweifel? Welche Alternativen wurden diskutiert – und welche nicht? Diese Aufarbeitung blieb jedoch weitgehend aus. **Die Chance, durch Transparenz Vertrauen zurückzugewinnen, wurde nicht genutzt.**

Besonders auffällig ist zudem, dass die wissenschaftliche Debatte zur mRNA-Impfung selbst kaum differenziert dargestellt wurde. Obwohl es in der Wissenschaft durchaus unterschiedliche Einschätzungen zu Nutzen, Risiken, Langzeitfolgen und Zielgruppen der mRNA-Impfstoffe gibt, fanden diese Positionen im öffentlich-rechtlichen Journalismus nur begrenzt Platz. Stattdessen wurde die Impfung über weite Strecken als weitgehend unumstrittene Lösung präsentiert, während vorsichtige, abwägende oder kritische wissenschaftliche Stimmen marginalisiert oder gar nicht thematisiert wurden.

Vom Volk teuer finanziert, von der Ombudsstelle gerügt – und dennoch ohne umfassende Aufklärung geblieben.

Gerade hier zeigt sich ein zentrales strukturelles Problem: Ein gebührenfinanzierter Medienhaus mit grosser Reichweite prägt nicht nur Information, sondern auch gesellschaftliche Wahrnehmung. Wenn Unsicherheiten, offene Fragen und unterschiedliche

Ein Service public, der Milliarden an Gebühren erhält, darf nicht nur eine Linie abbilden – weder die politische noch die wissenschaftliche Mehrheitsmeinung.

Einschätzungen systematisch ausgebündet werden, entsteht keine freie Meinungsbildung, sondern eine gelenkte Deutung dessen, was als „wissenschaftlich gesichert“ oder „politisch alternativlos“ gilt. Eine solche Konstellation lädt – unabhängig von konkreten Absichten – dazu ein, politische Zielsetzungen über mediale Gewichtung in die Gesellschaft zu tragen.

Die Aufgabe eines Service public wäre es jedoch gewesen, genau dieser Gefahr entgegenzuwirken: Unsicherheiten sichtbar zu machen, unterschiedliche Einschätzungen ein-

zuordnen und einen offenen Diskurs zu ermöglichen. Wenn dies selbst nach einer formellen Ombudsrüge nicht geschieht, stellt sich unweigerlich die Frage nach der demokratischen Legitimation eines Mediensystems, das mit erheblicher finanzieller und publizistischer Macht ausgestattet ist. Seine Aufgabe wäre es gewesen, Unsicherheiten sichtbar zu machen, unterschiedliche Einschätzungen einzuordnen und den offenen Diskurs zu fördern.

Die Parallelen zu anderen Themenfeldern sind offensichtlich. Wie bei der Ukraine-Berichterstattung und der E-ID-Abstimmung zeigt sich auch bei den RKI-Files ein wiederkehrendes Muster: Offizielle Narrative dominieren, kritische Dokumente und abweichende Perspektiven werden spät, zurückhaltend oder gar nicht aufgearbeitet. Genau deshalb ist es legitim – und notwendig –, die Höhe der Gebühren zu hinterfragen.

Ein Service public, der diese Spannungsfelder nicht offen darstellt, sondern sich faktisch an einer dominanten politischen Linie orientiert, verfehlt seinen Anspruch als kritisches Korrektiv.

Gerade weil die SRG aus Gebühren finanziert wird, darf sie nicht zur Verstärkerin eines einzigen Narrativs werden.

Ihr Auftrag wäre es, unterschiedliche Sichtweisen sichtbar zu machen, Unsicherheiten offen zu benennen und den politischen Diskurs zu öffnen – nicht ihn zu verengen.

Wenn ein gebührenfinanzierter Sender bei einem derart folgenreichen Konflikt kaum mehr Perspektiven bietet als die grossen Medienhäuser des Landes, stellt sich erneut die Frage nach der Verhältnismässigkeit seiner Finanzierung.

Weniger Gebühren bedeuten nicht weniger Information – sondern die Chance, weg von der Gefahr der Einseitigkeit zu mehr Vielfalt, mehr kritische Distanz und mehr demokratische Offenheit. Genau deshalb sind 200 Franken genug.

FAZIT: Diese Abstimmung und die Frage der Medienfinanzierung folgen demselben Prinzip: **Selbstbestimmung braucht Alternativen.** Wer nur digital bezahlen kann, ist abhängig. Wer seine Information nur aus einer dominanten Quelle bezieht, ebenso. Bargeld schützt die freie Wahl beim Bezahlen, Medienvielfalt die freie Meinungsbildung. **Beides begrenzt Macht, verhindert Zwangssysteme und stärkt Demokratie.** Darum gehören Bargeld und Medienvielfalt zusammen – als Entscheidung für Freiheit, nicht für Kontrolle.

von Richard Koller Informatiker, Politiker, Autor & Musikproduzent



Muster
Kleine Änderungen noch möglich.

So füllen Sie den Abstimmungszettel korrekt aus.

Muster

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 8. März 2026

1

Die Fragen a) und b) können beide je mit «Ja» oder «Nein» beantwortet werden.	
a) Volksinitiative: Wollen Sie die Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» annehmen?	Antwort: «Ja» oder «Nein» <i>Ja</i>
b) Gegenentwurf: Wollen Sie den Bundesbeschluss über die schweizerische Währung und die Bargeldversorgung (Gegenentwurf) annehmen?	Antwort: «Ja» oder «Nein» <i>Nein</i>
Bei Frage c) darf nur ein Feld angekreuzt werden; sonst gilt die Frage als nicht beantwortet.	
c) Stichfrage: Falls sowohl die Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit» als auch der Gegenentwurf von Volk und Ständen angenommen werden: Soll die Volksinitiative oder der Gegenentwurf in Kraft treten?	Antwort: Gewünschtes im betreffenden Feld ankreuzen So: <input checked="" type="checkbox"/> Volksinitiative <input type="checkbox"/> Gegenentwurf <i><input checked="" type="checkbox"/></i> <input type="checkbox"/>

33735

Ausgewogene Information